
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 17.02.2026

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:02 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste (*Anlage*)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 17. Februar 2026, 16.30 Uhr mit 7 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellt außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erscheint 16.33 Uhr zur Sitzung. Es sind nunmehr 8 von 9 stimmberechtigten Stadträten anwesend.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7.2. bis 7.4 vor TOP 7.1 zu behandeln. Dann bittet er um Abstimmung der geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

3 **Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2025**

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, fragt nach, ob Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche bestehen.

Herr Diederich, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD), merkt an, dass er im Protokoll eine Ergänzung zu Punkt 9.1. wünsche. Er führt aus, dass er in der Sitzung erwähnt habe, die Bundespolitik müsse die Verantwortung für die Sicherheitsproblematik übernehmen. Er betont jedoch, dass er zusätzlich darauf hingewiesen habe, dass auch die Kosten für die Sicherheitsprobleme übernommen werden müssten. Diese Ergänzung solle in der Niederschrift berücksichtigt werden.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, bestätigt, dass die Ergänzung von Herrn Diederich in die Niederschrift vom 18.11.2025 eingefügt werde. Er

stellt sodann die Genehmigung der Niederschrift mit dem geänderten Wortlaut zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 6 – 1 – 1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, informiert, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

5 Einwohnerfragestunde

Auf Anfrage von **Herrn Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU**, meldet sich ein Bürger und fragt Folgendes:

Seine Fragen betreffen das Thema Tempo 30 in der Ziebigker Straße habe. Er führt aus, dass im November im Rahmen des Verkehrsbegleitplans die Einführung von Tempo 30 für das erste Quartal 2026 vorgesehen sei. Er fragt, wie die Einhaltung von Tempo 30 kontrolliert werde und ob es im vergangenen Jahr Geschwindigkeitsmessungen in der Ziebigker Straße gegeben habe. Zudem erkundigt er sich, ob Geschwindigkeitsanzeigen, wie sie beispielsweise in Kochstedt aufgestellt seien, auch in der Ziebigker Straße installiert werden könnten, da diese seiner Meinung nach eine positive Wirkung auf die Verkehrssicherheit hätten. Er verweist auf die Unfallhäufigkeit in der Ziebigker Straße, insbesondere im Bereich des Kreisels „7 Säulen“ und des Fußgängerüberweges, und bittet um Informationen zum Stand der Planungen und zur Umsetzung.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, antwortet, dass die Einführung von Tempo 30 in der Ziebigker Straße im Ausschuss diskutiert worden sei. Er erklärt, dass die Anordnung voraussichtlich bis Ende des ersten Quartals dieses Jahres erfolgen solle, vorbehaltlich der Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen. Bezüglich der Kontrolle der Geschwindigkeitsbegrenzung führt er aus, dass diese wie in anderen Straßen der Stadt Dessau-Roßlau gehandhabt werde. Zu den Geschwindigkeitsanzeigen erklärt er, dass diese bevorzugt an Schulen oder an Standorten mit direkter Auswirkung auf die Verkehrssicherheit und Lärmbelastung angebracht würden. Er bittet darum, zunächst die Anordnung abzuwarten und die Verkehrssituation nach der Umsetzung zu beobachten, bevor weitere Maßnahmen geprüft würden.

Der Bürger fragt nach, ob es möglich sei, eine Geschwindigkeitsanzeige in der Ziebigker Straße aufzustellen.

Ein weiterer Bürger fragt, ob eine Aufwertung des Straßenbelags in der Ziebigker Straße geplant sei. Er erläutert, dass Fahrradfahrer, die vom Kreisverkehr „7 Säulen“ kommen, auf die Straße geleitet werden, jedoch keine durchgehende Fahrbahnmarkierung vorhanden sei. Er regt an, eine Fahrbahnmarkierung anzubringen, die die gemeinsame Nutzung der Straße durch Fahrradfahrer und Autofahrer klar signalisiere.

Herr Horváth erklärt, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit des Tiefbauamtes handeln dürfte. Er führt aus, dass Themen wie Straßenaufwertungen, Änderungen oder Markierungen üblicherweise im Bauausschuss behandelt würden, versichert jedoch, das Anliegen in die Verwaltung mitzunehmen und prüfen zu lassen. Er bittet um Konkretisierung

des Anliegens, insbesondere ob sich die Anfrage auf die gesamte Ziebigker Straße oder nur auf bestimmte Abschnitte beziehe.

Der Bürger präzisiert, dass er sich auf den Bereich beziehe, in dem Fahrradfahrer von der Fahrbahnmarkierung auf die Straße geleitet werden. Er betont, dass eine durchgehende Fahrbahnmarkierung auf der Straße die Nutzung durch Fahrradfahrer klar kennzeichnen würde.

Eine Bürgerin weist auf eine Gefahrenstelle hin, die sich an der Stelle befindet, an der ein Radweg unvermittelt auf die Straße geleitet wird. Sie beschreibt, dass der Radweg an der Trinkhalle vorbei an einer Mauer führt und dann abrupt endet, was zu gefährlichen Situationen führen könne. Sie fordert eine bessere Kennzeichnung, um sowohl Radfahrern als auch Autofahrern die Situation verständlicher zu machen.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass hier ein Fahrradschutzstreifen sinnvoll sei.

Herr Horváth erklärt, dass er die Problematik mit in die Verwaltung nehmen werde.

Ein Anwohner der Ziebigker Straße kritisiert, dass im Park grüne Schilder angebracht seien, die das Radfahren erlauben, was dazu führe, dass Radfahrer auf der falschen Seite durch den Park fahren. Er bemängelt, dass an den Einmündungen des Waldweges keine Hinweisschilder angebracht seien, die Autofahrer auf querende Radfahrer aufmerksam machen. Er fordert eine klare Kennzeichnung mit blauen Schildern, die Radfahrer und Fußgänger gleichermaßen berücksichtigen.

6 Beschlussfassungen

6.1 Modellprojekt Gleisbegrünung Vorlage: FV/019/2025/GRÜNE

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, übergibt das Wort an **Herrn Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**. Dieser führt zur Fraktionsvorlage aus, dass es insbesondere im Hinblick auf die Bundesgartenschau das Ziel sei, die Innenstadt grüner zu gestalten. Straßenbahngleise seien ein erheblicher Teil versiegelter Flächen, weshalb ein Augenmerk auf deren Begrünung gelegt werden solle.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorliegen, stellt **Herr Kellner** die Fraktionsvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5 – 2 – 1

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Dieser Tagesordnungspunkt wird nach TOP 7.2., 7.3. und 7.4. behandelt.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, erkundigt sich zunächst nach den Baustellenbaken am Albrechtsplatz und ob diese im Zusammenhang mit einem Unfallschwerpunkt stehen. Er bittet um eine schriftliche Klärung.

Anschließend thematisiert **Herr Kellner** das Fischesterben im Vierecksteich am Georgium und fragt, ob sich bereits jemand mit der Situation beschäftigt habe. Zudem regt er an, im nächsten Ausschuss einen Sachstandsbericht zu den Deichbaumaßnahmen und deren Ertüchtigungen einzuholen, insbesondere im Hinblick auf die Problematik mit Wühlmäusen.

Herr Unger, Sachgebietsleiter der Naturschutz- und Wasserbehörde, empfiehlt, in Bezug auf die Deichbaumaßnahmen Geduld zu haben, da Ende April und Anfang Mai die Deichschauen im gesamten Stadtgebiet stattfinden. Er schlägt vor, die Ergebnisse dieser Schauen abzuwarten, um eine umfassendere Informationsgrundlage zu schaffen, die auch die Problematik der Wühlmäuse berücksichtige. Bzgl. des Fischesterbens wurde gemäß Fischereigesetz die Fischereibehörde im Ordnungsamt informiert, woraufhin Ende der letzten Woche eine Kontrolle durchgeführt worden sei. Eine mögliche Erklärung hierfür wird in der geringen Wasserführung im Vergleich zu den Vorjahren gesehen, die in Verbindung mit dem dauerhaften Zufrieren des Teiches zu einer Sauerstoffzehrung geführt habe.

Herr Kaßner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erkundigt sich, ob es Regelungen für Gewässer, insbesondere Angelteiche, gebe, die vorschreiben, dass im Winter Atemöffnungen offengehalten werden müssen. Er regt an, über eine solche Maßnahme nachzudenken, da andere Kommunen beispielsweise Strohballen in die Gewässer einbringen, um bei Dauerfrost ein Mindestmaß an Sauerstoffaustausch zu gewährleisten.

Dann betont **Herr Kaßner** die Dringlichkeit, die Gewässer zu entschlammen. Er hebt hervor, dass die ökologischen Zustände der städtischen Standgewässer dringend verbessert werden müssten, um solche Risiken wie Fischsterben zu minimieren.

Dann schildert **Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum**, dass der Einbürgerungsprozess in Dessau-Roßlau für einbürgerungswillige Personen unnötig erschwert werde. Er führt aus, dass nach Bestehen des Einbürgerungstests ein Termin bei der Ausländerbehörde erforderlich sei, der online vereinbart werden müsse. Häufig erscheine jedoch auf der Webseite die Meldung, dass keine Termine verfügbar seien, ohne dass ein konkreter Zeitpunkt für neue Verfügbarkeiten angegeben werde. Dies führe dazu, dass Betroffene mehrfach versuchen müssten, einen Termin zu buchen. Zudem werde von den Antragstellenden erwartet, vorab Dokumente online hochzuladen, wie dies bundesweit vorgesehen ist. Zum Termin bekommt man dann aber gesagt, dass dies in Dessau-Roßlau so nicht funktioniert. Also muss man einen neuen Termin vereinbaren und alle Unterlagen mitbringen, die man hochgeladen hat, und zwar in Papierform im Original und Kopie. Wenn man sich eine aktuelle Broschüre des zuständigen Bundesministeriums anschaut, dann wird als erster Vorteil für die Einbürgerung die europäische Freizügigkeit genannt. Jetzt ist es aber in Dessau-Roßlau so, dass selbst für Bürgerinnen und Bürger der EU für die Einbürgerung einen Reisepass des Ursprungslandes verlangt wird, den manche Menschen aber nicht einmal haben und sich dann im Nachhinein noch umständlich über ihre Botschaft oder sonst wo besorgen müssen.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, erklärt, dass er die geschilderten Abläufe und Probleme zur Kenntnis nehme und diese prüfen werde. Hinsichtlich der Abläufe bzgl. des Hochladens von Dokumenten oder des Reisepasses für EU-Bürger, die sich einbürgern lassen möchten, kann er im Einzelfall nicht beurteilen. Das

Problem hinsichtlich der Schwierigkeiten bei der Online-Terminvergabe sei bekannt, und es werde daran gearbeitet, dies zu verbessern. **Herr Horváth** betont, dass eine telefonische Kontaktaufnahme mit der Behörde jederzeit möglich sei und dass daran gearbeitet werde, die Abläufe zu optimieren. Dann weist er darauf hin, dass Einbürgerungsverfahren deutschlandweit oft bis zu drei Jahre dauern könnten und Dessau-Roßlau mit einer Bearbeitungszeit von etwa zwei Jahren im Vergleich gut dastehe. Er betont, dass sich die Anträge in den letzten Jahren versechsfacht hätten und auch Rückstände aufgearbeitet werden müssen. Er erklärt, dass Personen, die sich einbürgern lassen möchten, in der Regel bereits über einen unbefristeten Aufenthaltstitel verfügen würden, sodass keine Nachteile hinsichtlich ihres Aufenthaltsstatus zu befürchten seien.

Herr Brozowski dankt für die Ausführungen und bittet um eine schriftliche Mitteilung oder Informationen zu den Regularien des EU-Reisepasses.

Frau Wallner, Fraktion der SPD, betont, dass Dessau-Roßlau jetzt besser aufgestellt ist als vor 2 / 3 Jahren. Die Terminvergabe sei jetzt noch das einzige Problem, und tatsächlich sei die Einbürgerung durch die doppelte Staatsbürgerschaft besser geworden. Sie informiert, dass man immer einen Pass vorlegen muss, egal wie viele Staatsbürgerschaften man hat.

Herr Dr. Brozowski erwidert, dass in der entsprechenden Broschüre des Bundesministeriums aufgeführt sei, dass für EU-Bürgerinnen und Bürger ein Personalausweis oder eine Identitätskarte ausreichend sind.

Dann spricht **Herr Dr. Brozowski** ein anderes Thema an, nämlich dass ihm bei einem Spaziergang im Georgium aufgefallen sei, dass dort in größerem Umfang Bäume, darunter auch alte und große Exemplare, entnommen würden. Er zeigt sich besorgt über das Ausmaß der Maßnahmen und bittet um eine fachliche Einschätzung, insbesondere zur Einbindung der Unteren Naturschutzbehörde.

Darauf antwortet **Frau Dr. Lott, Leiterin Referat Stadtgrün**, dass es sich bei den Arbeiten im Georgengarten um Klimaanpassungsmaßnahmen handle. Die aktuellen Arbeiten dienten der Beseitigung von Schäden, die durch frühere phytosanitäre Maßnahmen entstanden seien. Die Maßnahmen seien in Abstimmung mit den zuständigen Ämtern festgelegt worden.

Herr Kaßner äußert Kritik an den durchgeführten Arbeiten und stellt fest, dass die Nutzung von schwerem Gerät tiefe Spuren in den Wiesen hinterlassen habe. Zudem bemängelt er, dass Totholz, das üblicherweise als Lebensraum für verschiedene Arten stengelassen werde, entfernt worden sei. Er zeigt sich irritiert darüber, dass Jungtriebe und kleinere Bäume, die eigentlich entfernt werden sollten, weiterhin stehen würden, während größere Bäume ungenutzt herumliegen.

Frau Dr. Lott entgegnet, dass die Arbeiten nicht mit Rückepferden, sondern mit kleinerer Technik durchgeführt worden seien. Es seien keine Harvester eingesetzt worden, sondern die Bäume seien von Hand gefällt und mit kleinen Raupenfahrzeugen sowie Radladern abtransportiert worden. **Frau Dr. Lott** führt weiter aus, dass die Maßnahmen darauf abzielten, die Biotopvielfalt zu fördern und den heimischen Baumbestand zu unterstützen. Es werden historische Baumarten wie Pyramidenpappeln wieder angepflanzt, um die ursprüngliche Struktur des Gartens wiederherzustellen. Diese Maßnahmen seien notwendig, da viele Bäume, insbesondere Nadelgehölze, bereits vor Jahren aufgrund von Trockenheit und Klimaveränderungen abgestorben seien.

Dann führt **Herr Kaßner** aus, dass der Müllsammelplatz in der Ziebiger Straße, Ecke Peusstraße, seit Jahren ein Ärgernis darstelle. Er erläutert, dass dieser Bereich ungepflegt sei und er dies als untragbaren Zustand sieht. Er gibt an, dass er dies bereits mehrfach beim Stadtpflegebetrieb angesprochen habe.

Dann erkundigt sich **Herr Kaßner** nach dem aktuellen Stand bezüglich der geplanten Erweiterung des Tierparks.

Herr Horváth führt aus, dass diese Anfrage den Kulturausschuss betreffe und er dies deshalb weiterleiten wird.

Des Weiteren möchte **Herr Kaßner** den aktuellen Stand der Forsteinrichtungspläne wissen.

Herr Horváth sichert zu, dass die Verwaltung die entsprechenden Rückmeldungen geben werde.

Dann verweist **Herr Kaßner** auf ein weiteres Thema, das das Georgium betrifft. Er erläutert, dass der Hundesportverein aus Köthen am Georgium ein Hundesportturnier mit Fahrrädern und Rollern im Georgium durchführen wollte. Dieses Vorhaben sei jedoch abgelehnt worden, da die Denkmalschutzbehörde Bedenken hinsichtlich der möglichen Beschädigung der Wege geäußert habe. Er hinterfragt, wie diese Entscheidung mit den aktuellen Grünpflegemaßnahmen im Georgium in Einklang zu bringen sei. Dabei verweist er auf die Nutzung schwerer Geräte im Winter, insbesondere im Bereich des Viereckteichs, die Fahrspuren von 30 bis 40 Zentimetern Tiefe hinterlassen hätten. Er erkundigt sich, worin der Unterschied zwischen der Nutzung durch Bürger und der durch die öffentliche Verwaltung bestehe. Zudem möchte er wissen, wann und ob die entstandenen Schäden behoben werden.

Herr Horváth erklärt, dass er in die geschilderten Verfahren nicht involviert sei, jedoch die Anliegen aufnehmen und Herr Kaßner eine entsprechende Antwort erhalten werde.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, erkundigt sich bzgl. der Thematik B 185, ob es bereits einen neuen Termin für die Tagung der Unfallkommission gibt.

Herr Horváth sichert eine Mitteilung zu.

Dann spricht **Herr Groneberg** das Thema Sicherheit bei Ortsfesten an. Er erinnert daran, dass die Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte im September 2025 aufgefordert worden seien, bis zum 30. Oktober 2025 Informationen zu geplanten Feierlichkeiten zu melden. Viele hätten dies fristgerecht getan, jedoch gebe es bislang keine Rückmeldungen. Er betont die Dringlichkeit, da Veranstaltungen bevorstünden und die Zeit knapp werde.

Herr Horváth informiert, dass die Stadt für den Innenstadtbereich Sperranlagen im Wert von einer halben Million Euro angeschafft habe. Diese würden dort teilweise verbleiben, da der Abbau zu kostenintensiv sei und für Veranstaltungen von April bis Ende des Jahres regelmäßig – teilweise wöchentlich – genutzt werden. Gleichzeitig betont er, dass die Sicherheitsanforderungen je nach Veranstaltung unterschiedlich seien und im Einzelfall entschieden werden müsse. Er appelliert an die Veranstalter, frühzeitig Anträge bei der Genehmigungsbehörde einzureichen, um die Planung und Durchführung der Feste zu ermöglichen. Die Stadt werde alles tun, um die Ortschaftsfeste zu unterstützen.

Herr Kellner kritisiert, dass die Ortschaften keine klare Sicherheit hinsichtlich der Anforderungen für die Durchführung von Veranstaltungen hätten. Er fragt, wie die Ortschaften ihre Feste absichern sollen, wenn die angeschafften Poller nur für den Marktplatz bestimmt sind.

Herr Horváth betont, dass man dies ausführlicher im nichtöffentlichen Teil besprechen könne. Er informiert weiterhin, dass im letzten Jahr alle Feste genehmigt wurden.

Herr Groneberg entgegnet, dass man da noch kein Sicherheitskonzept vorlegen musste.

Herr Horváth erklärt, dass man immer ein Sicherheitskonzept vorlegen muss, soweit dies erforderlich war. Jetzt muss eruiert werden, ob und wie viele Sicherheitssperren noch angeschafft werden müssen, um die Ortschaftsfeste abzusichern.

Frau Wallner bestätigt, dass der Ortschaftsrat in Dessau-Alten auf den Antrag für einen Umzug des Heimatsvereins keine Rückmeldung erhalten habe.

Herr Horváth betont, dass er nicht in jeden Einzelsachverhalt involviert ist. Er wird es aber mit in die Verwaltung nehmen und prüfen lassen. Er führt weiter aus, dass jeder Veranstalter ggf. einen Antrag auf Genehmigung beantragen muss.

Herr Kellner betont, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt wichtig sei und weist darauf hin, dass die Ortschaften auf Unterstützung angewiesen seien. Und dann erinnert er daran, dass im Vorjahr vereinbart worden sei, alle Veranstaltungsorte explizit zu benennen und die entsprechenden Unterlagen einzureichen.

Herr Horváth erläutert, dass die Abfrage dazu diene, den Umfang der städtischen Unterstützung bei Sicherheitsmaßnahmen zu ermitteln.

Frau Wallner entgegnet, dass für jede Veranstaltung ein Sicherheitskonzept notwendig und dies auch geliefert worden sei. Sie kritisiert, dass bei der letzten Sitzung deutlich geworden sei, dass viele Veranstaltungen von der Feuerwehr begleitet würden, obwohl dies nicht deren Aufgabe sei, sondern die der Polizei.

Dann erkundigt sich **Herr Huber, sachkundiger Einwohner**, nach der Regelung in Dessau, wonach bei Fahrbahnen, die getrennt bzw. nicht getrennt sind, jeweils anderthalb Meter freigeräumt werden müssten. Er fragt, wie sich diese Regelung auf Straßen auswirke, bei denen die Stadt als gegenüberliegende Grundstückseigentümerin auftrete, und ob die Stadt dieser Räumspflicht ebenfalls nachkomme.

Herr Horváth sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Dann weist **Frau Wallner** auf die durch die kalte Witterung entstandenen Straßenschäden hin. Sie erkundigt sich, ob es einen Plan gebe, wie diese Schäden behoben werden sollen.

Herr Horváth wird die Anfrage mit in die Verwaltung nehmen.

Dann spricht **Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, seinen persönlichen Dank sowie den Dank seiner Kolleginnen und Kollegen an die Mitarbeitenden des Stadtordnungsdienstes aus. Diese hätten anlässlich des Karnevals durch ihre Präsenz für Sicherheit und Ordnung gesorgt.

7.2 BUGA - Information zur Durchführung und Besetzung der 3 Innovationswerkstätten

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor TOP 7.1. behandelt.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, bittet **Frau Dr. Lott, Leiterin Referat Stadtgrün**, anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als *Anlage* beigefügt wird, in die Thematik einzuführen.

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Freies-Bürger-Forum, teilt im Auftrag von Frau Marianne Richter mit, dass sie sich für die Fugenwerkstatt aufstellen lassen möchte.

Herr Kellner ergänzt, dass er sich ebenfalls für die Fugen- und Mosaikwerkstatt interessiere.

Herr Groneberg, Fraktion der CDU, erklärt, dass er für die Termine im Juni 2026 zur Verfügung zu stehe.

7.3 Informationen zum Eichenprozessionsspinner

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor TOP 7.1. und nach TOP 7.2. behandelt.

Herr Unger, Sachgebietsleiter der Naturschutz- und Wasserbehörde, begrüßt die Anwesenden und informiert anhand einer Präsentation, die als *Anlage* zur Niederschrift genommen wird, über die Bekämpfungsmaßnahmen des Eichenprozessionsspinners in Dessau-Roßlau.

Danach berichtet **Herr Groneberg, Fraktion der CDU**, von seinen Beobachtungen im Bereich des Tiergartens in Richtung Törten. Er habe dort auf einer Strecke von 20 Metern zehn Nester am Boden gesehen. Er bittet darum, die Situation weiterhin genau zu beobachten.

Herr Unger bestätigt, dass die betroffenen Bereiche im Blick behalten würden, und erläutert, dass bei der Behandlung stets eine Abwägung getroffen werden müsse, da nicht alle Flächen behandelt werden könnten. Der Fokus liege auf Bereichen mit hoher Gesundheitsgefahr, wie Schulhöfen und Kindertagesstätten, während touristische Wege nachrangig behandelt würden. In Einzelfällen könne auch über temporäre Sperrungen nachgedacht werden, um mildere Mittel anzuwenden.

Herr Groneberg regt an, Informationen hinsichtlich der Gesundheitsgefahren für die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig auf der Website bereitzustellen.

Frau Wallner, Fraktion der SPD, erkundigt sich nach der Regelung bei Privatgrundstücken.

Herr Unger erklärt, dass die Verantwortung für Bekämpfungsmaßnahmen bei den Eigentümern liege. Er betont, dass Kontakte zu zertifizierten Schädlingsbekämpfern hergestellt worden seien, die bei Bedarf auch private Bäume behandeln könnten, wenn sie ohnehin in der Nähe tätig seien.

7.4 Informationen zur Arbeit der Umweltdetektive

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor TOP 7.1 und nach TOP 7.3. behandelt.

Frau Schulz, Abteilungsleiterin Stadtordnungsdienst, informiert anhand einer Präsentation, die als *Anlage* zum Protokoll genommen wird, über die Arbeit der Umweltdetektive in der Stadt Dessau-Roßlau.

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und lässt Nichtöffentlichkeit herstellen.

10 Schließung der Sitzung

Herr Kellner, Ausschussvorsitzender und Fraktion der CDU, schließt die Sitzung 19.02 Uhr.

Dessau-Roßlau, 03.03.26

Florian Kellner
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit
und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführerin